

EUROPÄISCHE SENIOREN UNION (ESU)

EUROPEAN SENIORS' UNION (ESU)

Newsletter „SENIOR INTERNATIONAL“ Ausgabe Nr. 142 (deutsch) 13. Dezember 2016

Letzte Kongress-Nachlese



Auf dem IX. Kongress der ESU Anfang November in Leuven (Belgien) für weitere drei Jahre als Präsidentin gewählt: em. Prof. Dr. An Hermans. An ihrer Seite wiederum Guido Dumon als Generalsekretär. Beide sind führende Persönlichkeiten im flämischen Seniorenverband CD&V (Belgien).

Ein Spaßvogel unter den Delegierten kommentierte diese Aufnahme mit „Just married!“



„SI“ bietet in der letzten Ausgabe eine letzte kleine Fotoschau vom Kongress.

Hier : Blicke in den Saal des Provinzhauses von Leuven



Für die Europäische Senioren Union war der IX. (Wahl) Kongress Anfang November der Höhepunkt ihres Wirkens im zu Ende gehenden 21. Jahr des Bestehens. Das Konferenzthema lautete: "Gemeinsam für ein sicheres und soziales Europa!".



Aus Spanien waren Delegierte aus zwei Organisationen angereist: Comision Nacional de Mayores (PP), mit ihrer Vorsitzenden, der ESU-Vizepräsidentin Carmen Quintanilla Barba (1.v.links), und der katalanischen Unio de la Gent Gran (UDC) mit ihrem Vorsitzenden Jose M. Regas Graupera, Maria Teresa Guanabeus Rodon sowie wiederum Carmen Quintanilla Barba



Bild links: Margit Hawkes im Gespräch mit Vizepräsident Janusz Marszalek, Polen. Margit und ihrem Gatten Sean (links) ist die englische Übersetzung dieses Newsletters zu danken.

Bild rechts: ESU-Präsidentin An Hermans im Gespräch mit Tatjana Zelko, Vorsitzende der Organisation „Nashe Pokalene / Unsere Generation“ aus Belarus, und ihrem Sohn und Mitarbeiter Alexander.

NACHRICHTEN

Hoher Stimmenanteil für Prof. Otto Wulff

Prof. Dr. Wulff wurde auf dem Parteitag der CDU (DE) in Essen am 6. Dezember mit 89,6 Prozent der gültigen Stimmen zum Mitglied des Bundesvorstandes gewählt. Er errang damit Platz 3 unter den 29 Bewerbern. Die Senioren-Union wertet dieses Ergebnis für ihren Vorsitzenden als Wertschätzung ihrer Arbeit. In der Diskussion versicherte Wulff den Delegierten, dass die Älteren auch künftig als stark wachsende Bevölkerungsgruppe ihre Mitverantwortung für die Gestaltung der Zukunft wahrnehmen werden.

Angela Merkel: „Wir wollen uns ins Gesicht schauen“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde mit 89,5 Prozent für die nächste Legislatur als Vorsitzende der Partei bestätigt. Auf einem Parteitag in Essen schwor sie die Delegierten auf den Wahlkampf 2017 ein, in dessen Ergebnis CDU und Schwesterpartei CSU (Bayern) erneut die Regierungsverantwortung anstreben. Kontrovers diskutiert wird die vom Parteitag entgegen dem Willen der Vorsitzenden knapp beschlossene Aufhebung der doppelten Staatsbürgerschaft. Sie war erst vor zwei Jahren als Kompromiss gegenüber dem Koalitionspartner SPD eingeführt worden. Den Änderungsantrag hatte die Junge Union eingebracht. Derzeit können in Deutschland Kinder ausländischer Eltern zwischen 18 und 23 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit und die ihrer Eltern annehmen (Doppelpass).

Allgemeine Zustimmung findet das beabsichtigte Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden. „Wir wollen uns ins Gesicht sehen“, kommentierte Frau Merkel den Vorstoß.

Erleichterung...

Die Wahlschlappe für den Rechtspopulisten Hofer bei der Stichwahl zum österreichischen Bundespräsidenten wird europaweit mit Erleichterung aufgenommen. Dem an politischen Erfahrungen reichen Van der Bellen wird zugetraut, dass er seine proeuropäische und liberale Haltung nun auch als Präsident konsequent verfolgen wird. Allerdings: Die von der FPÖ mit Stracke und Höfer ausgehenden Gefahren für die Demokratie scheinen trotz der Stichwahlen vom 3. Dezember nicht gebannt.



Vizepräsidentin Dr. Christine von Stefenelli (Südtirol, Bildmitte) mit Dr. Edeltraud Paul, bis 2013 ESU-Schatzmeisterin (Wien, links) und Erika Reinhardt, Ehrenvorsitzende der Senioren-Union Baden-Württemberg und frühere Abgeordnete des Bundestags (Deutschland).

Foto vom Empfang im Rathaus Leuven am 5. November

...und Ernüchterung

Vielfach bedauert wird der politische Rückzug des italienischen Regierungschefs Matthias Renzi. Mit seiner Person verband Europa die Erfahrung von unbeirrtem Eintreten für die europäische Integration. Renzi war beim Versuch gescheitert, durch eine Verfassungsreform politische Entscheidungen in Italien schneller treffen zu können. Entgegen dem Trend stimmten in Südtirol, wo die ESU-Vizepräsidentin Christine von Stefenelli politisch engagiert ist, fast 64 Prozent **für** die Reformvorschläge, die – wie hervorgehoben wird – auch die Autonomie Südtirols gestärkt hätte. Inzwischen ist mit Paolo Gentiloni (62 an der Spitze) eine neue Regierung im Amt. Der sozialdemokratische Ministerpräsident – bisher Chefdiplomate – wird vorrangig den Wiederaufbau der Erdbebengebiete betreiben. Von ihm stammt das Programm zur Eindämmung der Flüchtlingsströme aus Afrika. Zu Erdogan sollten nach seiner Auffassung die Türen nicht zugeschlagen werden.

Senioren-Union setzt sich durch

Mit allen Anträgen an den CDU-Parteitag hat sich die Senioren-Union durchgesetzt. So wurde beschlossen, das Projekt „Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin“ wieder aufzugreifen und zu verwirklichen. Der Religionsfreiheit als eines der „individuellen Menschenrechte“ (Wulff)

wird die CDU künftig wieder mehr Beachtung schenken, heißt es in einem weiteren Beschluss. Dazu gehört die Ächtung der weltweit verbreiteten Christenverfolgung. Wie wichtig diese Initiative ist, beweist der verheerende Anschlag auf die koptischen Kathedrale von Kairo vom 11. Dezember, dem viele Gläubige zu Opfer fielen. Durchgesetzt hat sich die Senioren-Union der CDU auch mit ihren

Forderungen zum Verbot der Vollverschleierung, zur Einsetzung eines Beauftragten für Demographie, zur Vermittlung nachberuflicher Tätigkeiten und zu einheitlichen Standards in Pflegeheimen und Senioreneinrichtungen.

Kulturzug Berlin -Wroclaw fährt weiter

Die allmähliche Normalisierung des Bahnverkehrs zwischen Polen und Deutschland kommt voran: Der seit Ende April zwischen Berlin und der Europäischen Kulturhauptstadt Wroclaw/Breslau an Wochenenden eingesetzte „Kulturzug“ wird auch 2017 verkehren, teilen Brandenburg und Berlin mit. Sie übernehmen die Kosten von 300 000 EURO. Diese Mittel sind gut angelegt, da diese Bahnverbindung und der Besuch in der schlesischen Metropole nachweislich zu mehr gegenseitigem Verständnis polnischer und deutscher Bürger beiträgt und die Versöhnung der Völker fördert.

Mit Fahrplanwechsel am 11. Dezember hat sich die Reisedauer ab Berlin-Lichtenberg im Ergebnis von ersten Streckensanierungen auf polnischem Gebiet um 22 min. verkürzt. Bislang hatte der „Kulturzug“ 20.000 Fahrgäste, so dass es zu Sitzplatzproblemen kam und gelegentlich zusätzlich Busse fahren mussten. Die Bemühungen, zwischen den beiden Metropolen wieder zu einer täglich verkehrenden schnellen Bahnverbindung zu kommen, werden unablässig fortgeführt. Dasselbe gilt für Verbesserungen im Schienenverkehr zwischen Berlin und Szczecin/Stettin



Schnappschuss von der Premierenfahrt am 30. April (Bahnhof Berlin-Ostkreuz)

Aufwendungen für Asylsuchende

Im Haushalt 2017 der Bundesrepublik Deutschland sind 21,55 Milliarden EURO für den Bereich Flüchtlinge – Asyl – Integration vorgesehen. (2016: 21,74 Mrd.) Gegenüber dem Vorjahr sind die Aufwendungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen von 7,10 auf 7,23 Mrd. EURO angestiegen. Für die Aufnahme, Registrierung und Unterbringung der Asylsuchenden sind mit 1,3 Mrd. etwa 10 Prozent weniger Mittel veranschlagt als 2016. Für die „Integrationsleistungen“ sind 3,44 Mrd vorgesehen – gegenüber 2,16 Mrd. für 2016. Als „Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren“ sind 2,7 Mrd. geplant. (2016: 1,73 Mrd.) Unter „Unmittelbare Entlastungen der Länder und Kommunen“ werden 6,88 Mrd. (2016: 9,34 Mrd.) ausgewiesen.

Aleppo – und (k)ein Ende ?

Während dieser Newsletter in Arbeit ist, melden Medien die Eroberung Aleppos durch syrische Regierungstruppen und russisches Militär. Das Mitgefühl des Redakteurs gilt in diesen Stunden einmal mehr den zivilen Opfern dieses grausamen Krieges. Möge diplomatisches Geschick gepaart mit Androhung weiterer Sanktionen gegen die Kriegstreiber aller Couleur zum baldigen Ende des grausamen Mordens in ganz Syrien führen ! Ein Telefonat der Außenminister Steinmeier (DE) und Lawrow (RU) habe zumindest erste humanitäre Hilfeleistungen für die Bevölkerung zum Inhalt gehabt, heißt es.

IMPRESSUM

Redaktion (Texte und Fotos): ulrich.winz@web.de

Redaktionsschluss: 13. Dezember 2016

ESU: Rue de Commerce/Handelsstraat 10, 1000 Brussels; Tel.: +32 2309 2866

Internet: esu-epp.eu; E-Mail: esu@epp.eu; Facebook.com/esu.eu

GESEGNETE WEIHNACHTEN !